

Potsdam, 9. März 2013
chs-zyk-sö



Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di
Bundesweite rd

Öffentlicher Dienst: 5,6 Prozent mehr für Länder- Beschäftigte – Sechs Wochen Urlaub für alle

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und die Tarif-
gemeinschaft deutscher Länder (TdL) haben in der dritten Ver-
handlungsrunde ein Tarifergebnis erzielt. Die Gehälter der rund
800.000 Beschäftigten der Länder (außer Hessen) erhalten
5 2,65 Prozent mehr Gehalt rückwirkend ab 1. Januar 2013 und
weitere 2,95 Prozent ab 1. Januar 2014. Die Vergütungen der
Auszubildenden steigen ab Januar 2013 um 50 Euro monatlich
und ab Januar 2014 um weitere 2,95 Prozent. Zudem erhalten
die Auszubildenden eine Übernahmegarantie, wie sie auch bei
10 Bund und Kommunen gilt.

„Damit halten die Länderbeschäftigten Anschluss an die Ge-
haltsentwicklung der übrigen Bereiche im öffentlichen Dienst
und in der Gesamtwirtschaft“, betonte der ver.di-Vorsitzende
15 **Frank Bsirske** am Samstag in Potsdam. „Es ist ein echter Er-
folg, dass wir für alle Länderbeschäftigten einheitlich 30 Tage,
also sechs Wochen Urlaub vereinbaren konnten. Das gilt auch
für die Übernahmegarantie, mit der junge Leute im öffentlichen
Dienst eine klare berufliche Perspektive erhalten“, so Bsirske.
20 Auszubildende erhalten 27 Urlaubstage.

Es bestand zudem Übereinstimmung zwischen Arbeitgebern
und Gewerkschaften, dass es Handlungsbedarf bei der Praxis
befristeter Arbeitsverträge gibt. Dieses Thema soll weiter zw-
25 ischen den Tarifparteien bearbeitet werden. Auch bei der finan-
ziellen Situation von Feuerwehrleuten sehen die Verhandlungs-
partner die Notwendigkeit von Verbesserungen, die die Arbeit-
geber allerdings zunächst beamtenrechtlich angehen wollen.
ver.di fordert, dass das Tarifergebnis unverzüglich zeit- und in-
30 haltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wird.

Eine tarifliche Eingruppierung der angestellten Lehrerinnen und
Lehrer scheiterte unter anderem daran, dass die Arbeitgeber an
der einseitigen Festlegung der Gehälter festhalten wollten und
35 zudem keinerlei Bereitschaft zeigten, die besondere finanzielle
Diskriminierung der Lehrkräfte in Sachsen zu beenden.

Die ver.di-Bundestarifkommission empfiehlt für die anstehende
Mitgliederbefragung die Zustimmung zum erreichten Ergebnis.

PRESEINFORMATION

V.i.S.d.P.:

Christoph Schmitz
ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1011
und -1012
Fax: 030/6956-3001

E-Mail:
pressestelle@verdi.de